

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Telefon: 17 Amt Dönhof 292 bis 297  
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 10 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Einheitsfront

#### Phantasie und Wirklichkeit

In der wohlmeinenden Absicht, dem edlen Herrn Gottheiner in Leipzig wieder etwas zu Kräften zu verhelfen, serviert die „Berliner Börsenzeitung“ einen Zitatenalat, durch den bewiesen werden soll, daß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine rote Einheitsfront besteht. Nun genügt ein einziger Blick in die kommunistische Presse, um diese Behauptung zu widerlegen, denn die kommunistische Presse läßt genau so gemein über die Sozialdemokratie wie die „Berliner Börsenzeitung“. Eine rote Einheitsfront besteht nicht. Wir wollen aber der „Berliner Börsenzeitung“ gerne den Gefallen tun, hier öffentlich zu erklären, daß es ausschließlich an den Kommunisten liegt, wenn sie nicht besteht, und nicht an uns. Die „Berliner Börsenzeitung“ kann also, wenn es ihr Spaß macht, morgen schreiben, daß sich der „Vorwärts“ zur roten Einheitsfront bekennt.

Die Sozialdemokratie, die heute gegen die Frechheit der Reaktion einen leidenschaftlichen Kampf führt, empfindet es mit Erbitterung, daß die Kommunisten, statt der Sozialdemokratie ehrliche Bundeshilfe zu gewähren, auf nichts anderes bedacht sind, als auf den Kampf zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien selbst. Tagtäglich liest man in der Kommunistenpresse über angebliche Freundschaftsbeziehungen zwischen der Sozialdemokratie und der Papen-Regierung die dümmsten Lügen. Wir verhehlen keineswegs, daß uns eine Aenderung des Verhaltens der Kommunisten höchst wünschenswert erscheint und daß wir durchaus bereit wären, gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Reaktion zu kämpfen, wenn nur erst die Kommunisten aufhören wollten, im Troß der Reaktion Krieg gegen die Sozialdemokratie zu führen.

Wir ermächtigen also die „Berliner Börsenzeitung“, ihren Lesern mitzuteilen, daß der „Vorwärts“ ein entschiedener Anhänger einer „roten Einheitsfront“ ist und daß er überhaupt bereit ist, jedes Bündnis einzugehen, um die „Berliner Börsenzeitung“ und ihre Freunde zum Teufel zu jagen. Wir bitten sie nur hinzuzufügen, daß unsere Hoffnungen in dieser Beziehung sehr gering sind, da die Kommunisten leider bisher es immer noch vorgezogen haben, zur Freude und zum Nutzen der „Börsenzeitungs“-Leute auf die Sozialdemokratie loszuschlagen, statt Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie gegen diese Arbeiterfeinde zu kämpfen.

### Zurück zur Einheit

#### Kommunistenanschluß an Sozialdemokratie

Prag, 14. Oktober.

Die zahlreichen Richtungswechsel in der KPdSch, mit obligater Führerabjagung, besonders die Vorgänge um den Reichsberger „Vorwärts“, haben zur Festigung und Stärkung der kommunistischen Opposition geführt. Sie ist in der ganzen Republik vorhanden und hat in vielen Gemeindevortretungen Mandate.

Seit einiger Zeit bereits war eine Annäherung dieser Partei an die Sozialdemokratie, sowohl im tschechischen wie im deutschen Gebiet festzustellen. Nun veröffentlicht das Prager Organ der kommunistischen Opposition einen Aufruf, in dem die Vereinigung der kommunistischen Opposition mit der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei bekanntgegeben wird. Die Durchführung dieser Vereinigung soll auf der Reichskonferenz der kommunistischen Opposition in Prag erfolgen.

## Baronsjustiz in Schlesien

### Rittergutsbesitzer läßt Arbeiterfamilie ausräuchern und wird freigesprochen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Legniz, 14. Oktober.

In sensationeller Verhandlung hatte sich vor der Legnitzer Großen Strafkammer als Berufungsinstanz der Rittergutsbesitzer Ludwig Proste aus Krummhöhe wegen Anstiftung zur verbotenen Rötung und zur gefährlichen Körperverletzung zu verantworten. Der Anklage lag ein regelrechter Mordanschlag auf eine ganze Familie zugrunde.

Auf dem Rittergut des Proste wohnte im

urteilte den verführten Arbeiter zu einem Monat Gefängnis, den Anstifter Proste aber zu sechs Monaten Gefängnis. Es wurde betont, daß vielleicht in früheren Jahrhunderten eine solche lebensgefährliche Ausräucherung möglich war, nicht aber in unserem heutigen Rechtsstaat.

Gegen das Urteil legte Proste Berufung ein und marschierte nun mit zwei Anwälten vor dem Berufungsgericht auf. Nach dem Ergebnis der erneuten Beweisaufnahme und den Sachverständigenurteilen, welche die Darstellung der Angeklagten als glaubwürdig bezeichneten, be-

antragte der Staatsanwalt die Berwertung der Berufung.

Das Berufungsgericht aber kam zu einer Aufhebung des ersten Urteils und sprach den Angeklagten frei! Es sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte auch den Schornstein des Schlafzimmers verstopfen ließ. Er habe den Leuten auch keinen körperlichen Schaden zugefügt, sondern nur erreichen wollen, daß sie aus der Wohnung ausziehen.

Dieses Urteil „im Namen des Volkes“ schlägt dem gefunden Gerechtigkeitsinn des „Volkes“ geradezu ins Gesicht. Es bedeutet nichts anderes, als daß die Arbeiter vogelfrei sind und Großgrundbesitzer ihren Landarbeitern gegenüber schlimmere Methoden anwenden dürfen, als dies zur Zeit der Leibeigenschaft möglich war!

Es steht fest, daß auf Geheiß des Angeklagten der Ofen verstopft wurde und hierdurch um ein Haar fünf Menschenleben vernichtet worden wären. Der Anstifter dieses verbrecherischen Attentats ist nun freigesprochen. Sein Opfer aber, der von ihm abhängige Arbeiter, der seine Anweisungen befolgte, ist zu einem Monat Gefängnis verurteilt!



Von den Straßenkämpfen in Belgien

Jahre 1831 der Kellermeister Karl Prznbilla mit Frau und drei Kindern im Alter von 3 bis 5 Jahren. Wegen Differenzen wurde dem Keller die Stellung gekündigt, und zwei Tage später bekam er von Frau Proste einen Brief, daß er bis nachmittags 3 Uhr die Wohnung zu räumen habe. Da er aber weder Stellung noch neue Wohnung erhielt und seine Familie nicht einfach auf die Straße setzen konnte, blieb er trotz eines Räumungsurteils, das Proste erhielt, weiter in der Wohnung. Nun beschloß Proste in gewissenloser Weise, kurzerhand die ganze Familie auszuräuchern! Er erteilte dem Arbeiter Gustav Krause den Auftrag, den einen oder beide Schornsteine der Wohnung zu verstopfen. Früher hatte Krause erklärt, daß er beide Schornsteine verstopfen sollte. Er führte den Auftrag am 2. Juni 1931 aus.

Die Folge war, daß in der folgenden Nacht Rauch und Kohlenoxydgase nicht durch den Schornstein entweichen konnten, in die Arbeiterwohnung eindringen, so daß diese völlig verqualmt wurde. Um ein Haar wäre die ganze fünfköpfige Familie bei diesem Anschlag ums Leben gekommen!

Zufällig wachte der Ehemann an Brechreiz auf. Er mußte sich übergeben, konnte aber nach einander seine Frau und die drei Kinder, bei denen sich bereits schwere Vergiftungserscheinungen eingestellt hatten, noch aus dem vergifteten Zimmer hinaustragen und in ein anderes Zimmer schaffen.

Als der Oberlandjäger und der zuständige Schornsteinfegermeister mit der Untersuchung beauftragt wurden, verweigerte ihnen Proste die Schlüssel. Das Legnitzer Schöffengericht ver-

### Selbstmord im Zollamt

#### Oberzollsekretär erhängt sich

Im Gebäude des Zollamts in der Lindenstraße 91-93 hat sich heute früh der 59jährige Oberzollsekretär Max Tilger aus der Lichtentaber Straße in Neutölln erhängt.

Tilger kam heute morgen bereits etwas früher zum Dienst, entfernte sich aber plötzlich aus seinem Amtszimmer. Als er nahezu eine Stunde lang fortblieb und auch nirgends zu finden war, nahm man die Suche energisch auf und fand den Vermissten schließlich auf der Toilette an einem Türriegel erhängt auf. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Tilger wird von seinen Vorgesetzten als ein tüchtiger Beamter bezeichnet. Dienstliche Verfehlungen sollen nach den bisherigen Feststellungen nicht vorliegen. Man erinnert sich allerdings, daß der Lebensmüde schon einmal Selbstmordabsichten geäußert hat; sie wurden aber nicht ernst genommen. Die Leiche ist befehlsgemäß worden.

Aus wirtschaftlicher Not hat sich in der letzten Nacht der Friseur August M. aus der Schwedenstraße im Norden Berlins durch Gas vergiftet. Als die Tat entdeckt wurde, kamen die Rettungsversuche bereits zu spät.

### Abrüstung aussichtslos

#### Auch England will nicht

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 14. Oktober.

Nach den Londoner Berichten der Pariser Zeitungen haben die Unterredungen Macdonald-Herriot am Donnerstag keinen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Laut „Matin“ war Hauptgegenstand, die Mittel zu finden, mit denen Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückgeführt werden könne. Der „Matin“ meldet darüber: „Die Kürze der amtlichen Communiqués zeigt sehr deutlich, daß der französische und der englische Standpunkt noch weit voneinander entfernt sind und daß die Bemühungen Macdonalds und Herriots, sie einander näher zu bringen, nicht zu dem erwarteten Ergebnis geführt haben. Der französische Standpunkt ist bekannt: Wenn Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückkehren soll, so muß das eben im Bündnis und gekettet; eine Vor-Konferenz dürfte ausschließlich in Genf abgehalten werden. Als am Abend beschlossen wurde, die Verhandlungen heute fortzusetzen, waren beide Regierungschefs von ihren Stellungen nicht abgerückt. Herriot ist mit ziemlich beforgter Miene in die französische Botschaft zurückgekehrt, aber er hat doch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß man heute zu einer Einigung gelangen werde.“

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ meldet, daß außerdem das Problem der deutschen Gleichberechtigungsforderung und das Abrüstungsproblem in seinen Beziehungen zur Organisation der Sicherheit besprochen wurden. Die Wendung, die die Unterhaltung hierüber genommen hat, beweise, daß das englische Auswärtige Amt sich über die Gefahr der deutschen Forderung Rechenschaft ablege. Das Kriegsministerium ignoriere die Gefahr noch weniger, sein Unterstaatssekretär habe die Meinung ausgesprochen, daß England bei dem gegenwärtigen Stand der internationalen Lage seine Militärkräfte

**Rm. 400.- Bargeld und wertvolle Preise**

sind für die Leserinnen des „Vorwärts“ durch Teilnahme an dem Preisausschreiben über den Roman „Gilgi, eine von uns“ zu gewinnen. Nähere Bedingungen des Wettbewerbs in jeder Sonntagsausgabe des „Vorwärts“.









